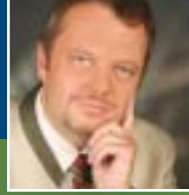




RFW-BO Amann:
Tourismus stärken Seite 3



RFW-Bezirksobmann Bernhard Röbl:
Kommentar Seite 13

Wirtschaft aktiv

RING FREIHEITLICHER WIRTSCHAFTSTREIBENDER

Nr. 3/2009



Dr. Erich Schoklitsch

**Spitzenkandidat des RFW-Steiermark
für die Wirtschaftskammerwahl 2010**

P.b.b., Erscheinungsort, Verlagspostamt: 8020 Graz, zusätzl. Aufgabepostamt 3112 St. Pölten, Zul.Nr.: GZ 02Z031515 M DVR-Nr.: 0411191



Matthias Krenn:

„Der Staat muss umgehend die wirtschaftlichen Voraussetzungen schaffen, damit Unternehmen mittelfristig vermehrt Eigenkapital bilden können.“

WKÖ-Vizepräsident Matthias Krenn:

„Entlastungspaket für heimische

Banken ist Augenauswischerei“

Für WKÖ Vizepräsident Matthias Krenn ist das von Wirtschaftsbund-Präsident Leitl präsentierte Entlastungspaket für Banken ein undifferenzierter Lösungsansatz und eine reine Augenauswischerei, die den Unternehmern in keinerlei Hinsicht leistbares Geld bringen wird.

Aufweichung der Basel II Richtlinien bringt keinerlei Entspannung am Kreditsektor

Es muss ohne Tricks und Hintertürchen - mit denen laut Leitl die Basel II Richtlinien gelockert werden sollen - möglich sein, für die heimischen KMU's Kredite bereitzustellen: Einzige Möglichkeit, die Kreditklemme so rasch als möglich zu lockern, ist, dass die Bundesregierung Haftungen übernimmt und mit der nunmehr verstaatlichten Kommunalkredit und dem Austria Wirtschaftsservice (AWS) umgehend den KMU's günstiges Geld schnellstmöglich und unkompliziert zur Verfügung stellt. Die Unternehmerbilanzen der letzten vier bis fünf Jahre bei Kreditanfragen heranzuziehen, bringt keinerlei Garantie für die Wirtschaftstreibenden, leistbare Kredite zu erhalten.

Für Krenn wäre die Haftungsübernahme des Staates ein erster wichtiger Schritt, um der Wirtschaftskrise die Stirn zu bieten. „Der Staat muss umgehend die wirtschaftlichen Voraussetzungen schaffen, damit Unternehmen mittelfristig vermehrt Eigenkapital bilden können. Damit wäre auch die wirtschaftschädigende Abhängigkeit der Unternehmer

erläutert Krenn seine Forderungen zur derzeitigen Kreditsituation in Österreich.

Die schwarze wie auch die rote Unternehmervertretung in der Wirtschaftskammer versuchen mit ihren unrealistischen Vorschlägen zur Behebung der Kreditklemme zu kaschieren, dass sie sich vor nicht all-



von Banken und politischer Willkür Geschichte und die KMU's würden auf lange Sicht wieder finanziell gestärkt im Wirtschaftsleben stehen,

zu langer Zeit noch für die Einführung von Basel II ausgesprochen und dies als Erfolg für die heimische Wirtschaft verkauft haben.



RFW - Bundesobmann
Fritz Amann:

„Es wird Zeit, dass Österreich aus der Tourismusstarre erwacht und kreative öffentliche Investitionen in die Fremdenverkehrswirtschaft tätigt.“

RFW-Bundesobmann Fritz Amann:

Stärkung des Tourismus - Maßnahmen notwendig!

Der Tourismus als wichtiger Faktor für die Volkswirtschaft wird in Österreich weiter stiefmütterlich behandelt, so der RFW-Bundesobmann, Ing. Fritz Amann.

Die EU macht es vor, wie man Tourismus nachhaltig fördert!

Die sonst so kritische EU als Hüterin des Wettbewerbs duldet stillschweigend Förderungsmaßnahmen des Tourismus in den Mitgliedsländern. Während Österreich offenbar aus dem Winterschlaf nicht erwacht ist oder schon wieder dort angekommen ist, fördert Spanien etwa die Flugreisen in sein Land, indem man die Flughafengebühren ab einer gewissen Zahl streicht, während in

Österreich diese noch erhöht werden. Ungarn verzichtet auf die Busmaut wenn man Touristen ins Land bringt, in Österreich denkt man über eine Erhöhung nach. Ein kleines Land wie Zypern stellt dem Tourismus zusätzlich 51 Mio. Euro für Werbemaßnahmen zur Verfügung, während man die Mittel der Österreichwerbung ein bisschen aufstockt. Und dann wundert man sich, wenn die Sommerbilanz im Tourismus nicht stimmt!

Die Bundesregierung hat auf allen Ebenen versagt. Man hat die Tourismusbranche sogar noch behindert. Während man in den Nachbarländern Fördermaßnahmen gesetzt hat, damit zusätzlich Gäste ins Land

kommen, hat man mittels Antikorruptionsgesetz der Tourismusbranche einen weiteren Schaden zugefügt. Essenseinladungen, Kultur- und Sportveranstaltungen, sowie Einladungen zu Events wurden verunmöglicht.

Das Loch, das durch die ausbleibenden Gäste aufgrund der Wirtschaftskrise entstanden ist, konnte wegen bürokratischer bzw. finanztechnischer neuer Hürden nicht gefüllt werden. Damit hat man diese wichtige Branche nachhaltig geschädigt. Es wird Zeit, dass Österreich aus der Tourismusstarre erwacht und kreative öffentliche Investitionen in die Fremdenverkehrswirtschaft tätigt, schließlich profitieren alle davon.

Lehrstellenproblematik: SPÖ hat keine Lösungskompetenz!

Die SPÖ hat nicht nur in der Integrationspolitik, sondern speziell auch in der Jugendarbeitspolitik keine Antworten auf die wirklichen Fragen und daher ist es auch kein Wunder, dass die Sozialisten bei sämtlichen Wahlgängen vom Wähler massiv abgestraft wurden.

SPÖ fehlt der Durchblick in Sachen Verbesserung der Lehrstellenmisere!

BO Amann dazu: „Wer angesichts der Talfahrt der betrieblichen Lehrstellen Lobesworte für das Jugendbe-

schäftigungspaket der Regierung findet, der handelt grob fahrlässig. Unverschämte wird es aber dann, wenn man der Wirtschaft den Schwarzen Peter zuschiebt und sich selbst als die Bewahrer der überbetrieblichen Lehrstellen sieht, welche nur die zweite Wahl in der notwendigen Ausbildungsqualifizierung für den Aufschwung sind!“ Dabei wäre es für die Sozialisten ein Leichtes gewesen, die Antworten auf die echten Probleme zu finden. Sie hätten nur bei ihrem ÖGB Kollegen Loacker im Ländle

nachfragen müssen, dann hätte er ihnen erklären können, dass die Abschaffung des Blumbonus, sowie die Einsparung von Egon Blum als Regierungsexperte den massiven Wegfall von betrieblichen Lehrstellen mitverantworten hat. In einer in Wirtschaftsfragen völlig inkompetenten Partei wie der SPÖ wäre das Wissen von Experten so nötig wie ein Bissen Brot. Solange die Einsicht aber nicht vorhanden ist, sollte man besser schweigen als Unternehmerruf zu betreiben.

Anträge des RFW-Steiermark

Teilkrankenstand als Einsparungsrezept gegen Lohnnebenkostenexplosion!

Die Anzahl an Krankenstandstagen und Krankmeldungen, welche sich aufgrund steigender Freizeitunfälle, neuer Grippeviren und immer häufiger auftretender Zivilisationskrankheiten derzeit vermehrt häufen, sind gerade für die mittelständische Wirtschaft weiterhin ein enorm belastender Kostenfaktor. Schließlich geht dieser Schaden an der Volkswirtschaft fast ausschließlich zu deren Lasten und daher muss man das geltende System ändern.

Die Wirtschaft hat ihre Hausaufgaben längst gemacht, wie der enorme Rückgang der Arbeitsunfälle zeigt. Was man aber nicht in Griff bekommt, sind die Freizeitunfälle sowie eine oft zu großzügige Handhabung der Krankenstandsverschreibungen. Allein der Ärzteschaft den Schwarzen Peter zuzuschreiben, ist aber der falsche Weg, schließlich sind ihr vom Gesetzgeber die Hände gebunden, da dieser das Modell des Teilkrankenstandes nicht kennt.

Dieses Modell wird bei unserem Nachbar Schweiz längst angewendet und würde daher auch bei uns im Land volkswirtschaftlich durchaus Sinn machen, schließlich bedeutet Krankenstand nicht gleichzeitig auch völlige Arbeitsunfähigkeit. Zeitlich begrenzte Tätigkeiten, die nicht den Gesundheitsprozess beeinträchtigen, sollten für Jedermann zumutbar sein. Langzeitausfälle gerade nach Unfällen und Operationen könnten so für beide Seiten entschärft werden, denn mit der Einführung des Teilkrankenstandes hat auch der Arbeitnehmer die Möglichkeit, sich im Rahmen der ärztlichen Unbedenklichkeit am Arbeitsprozess zu beteiligen.

Durch die im Teilzeitbereich erbrachten Leistungen kann die Zahl der Krankenstandstage erheblich reduziert werden, was zu einer weiteren Entlastung des Gesundheitssystems aber auch der Wirtschaft führen werde.

Im Antrag an das Wirtschaftsparlament fordert der RFW-Steiermark, dass analog zum Krankenstandsmodell der Schweiz, auch in Österreich die Möglichkeit eines Teilkrankenstandes eingeführt wird, um damit die Krankenstandstage erheblich zu senken und somit die Wirtschaft sowie die ohnehin angeschlagene Sozialversicherung im Sinne einer gesunden Volkswirtschaft zu entlasten.

Senkung der Verwaltungskosten

Ein Zurückdrängen der Bürokratie ist für den Standort Österreich ein wichtiger Impuls. Dies zeigt uns auch ein aktueller EU-Bericht. In Österreich würde eine BIP Steigerung um 1,8 Prozent erzielt werden. In Zahlen: Das BIP in Österreich würde um 4,6 Milliarden Euro steigen, wenn der Verwaltungsaufwand um 25% verringert wird. Die Verwaltungskosten in Österreich sind mit 4,6 Prozent des BIPs zu beziffern.

Der EU-25 Durchschnitt beträgt 3,5 Prozent – hier liegt Österreich um 31,4 Prozent über dem Schnitt! Vorne sind Finnland, England und Schweden mit jeweils 1,5 Prozent. Daher muss es Ziel sein, die Verwaltungskosten nicht nur auf den EU-Schnitt um 25 Prozent zu senken, sondern auf 2,3 Prozent des BIP zu halbieren. Viele Länder zeigen, dass dies durchaus möglich ist, fünf EU-Länder sind schon jetzt laut dieser Studie unter diesem Wert.

Die Organe der Wirtschaftskammer Steiermark werden ersucht auf die Bundesregierung einzuwirken, dass die Verwaltungskosten auf 2,3% des BIP halbiert werden.

Anmeldefreiheit für Familienangehörige

Seit 1. Jänner 2008 müssen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ausnahmslos vor Arbeitsantritt bei der Sozialversicherung angemeldet werden. Die Politik hat mit den neuen Meldebestimmungen gesetzliche Vorkehrungen geschaffen, um die Kontrolle einer ordnungsgemäßen Anmeldung besser zu überprüfen. Gleichzeitig wurden die Strafbestimmungen bei Verstößen gegen melderechtliche Vorschriften wesentlich verschärft.

Dass die neuen Meldebestimmungen zu einem erhöhten Verwaltungsaufwand, sowohl für den Unternehmer, als auch für die Gebietskrankenkasse führen, ist unbestritten. Einmal mehr erfolgte Bürokratieaufbau, statt dem viel versprochenen Bürokratieabbau.

Eine besonders groteske Situation entsteht oft dadurch, dass Familienmitglieder kurz im Betrieb kostenlos aushelfen. Der §33 des ASVG fordert die sofortige Anmeldung aller arbeitenden Personen im Betrieb. Bei Nichtanmeldung entsteht ein Verstoß gegen melderechtliche Vorschriften, der bei einer Kontrolle verpflichtend der Bezirksverwaltungsbehörde anzuzeigen ist. Die Behörde verhängt dann einen Strafsatz von Euro 730,- bis Euro 2.180,- im Wiederholungsfalle bis Euro 5.000,-. Dies ist ein unhaltbarer Zustand, der dringend repariert werden muss.

Die Organe der Wirtschaftskammer Steiermark werden ersucht auf die Bundesregierung einzuwirken, dass die sofortige Anmeldepflicht für kostenlos aushelfende Verwandtschaftsmitglieder 1. und 2. Grades für maximal 48 Stunden pro Monat entfällt.

Kampf für eine konsequente Wirtschaftspolitik:

Dr. Erich Schoklitsch zum RFW-Spitzenkandidaten gewählt

Der Landesobmann des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender Steiermark, Dr. Erich Schoklitsch, wurde vom Vorstand des RFW einstimmig zum Spitzenkandidaten für die im Februar 2010 stattfindenden Wirtschaftskammerwahlen gewählt.

Dringender denn je brauchen kleine und mittlere Unternehmer gerade in Krisenzeiten Unterstützung durch die Standesvertretung. Doch diese wird ihnen von den Regierungsparteien versagt – diese stellen sich lieber mit den Großen gut. Umso deutlicher das Zeichen, dass der Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender in der Steiermark setzt: Die Führungsmannschaft ist mit hervorragenden Mittelständlern besetzt, die wissen, wo Klein- und Mittelunternehmer, wie sie es selbst sind, der Schuh drückt. Nun wird dieser Weg konsequent fortgesetzt, indem der Landesobmann des RFW, Dr. Erich Schoklitsch, einstimmig zum Spitzenkandidaten für die im Februar 2010 stattfindenden Wirtschaftskammerwahlen gewählt wurde.

„Ineffiziente Konjunkturpakete, die nie bei den Unternehmen angekommen sind, die Verwaltungsreform ist schon wieder verschoben, keine Spur von steuerlicher Entlastung – ÖVP und SPÖ haben als Regierungsparteien gerade in Zeiten der Krise wieder einmal bewiesen: Nichts als leere Versprechungen, nichts für die kleinen und mittleren Unternehmen, aber alles für den eigenen Machterhalt“, kennt Schoklitsch die Ausgangssituation und die Stimmung unter den Unternehmern genau. Die Grundhaltung ‚Viel Schein statt Sein‘ setze sich auch bei Entscheidungsträgern in der Wirtschaft fort. „Doch bei der Wirtschaftskammerwahl im Februar 2010 haben die Unternehmer die Möglichkeit, sich



darüber nicht bloß zu ärgern, sondern offensiv gegen die rot-schwarze Ignoranz anzukämpfen“, so Schoklitsch. Der Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender ist und bleibt die einzige wahlwerbende Gruppe, welche keinem Parteisekretariat verpflichtet ist und ständig faule Kompromisse zum Schaden des wirtschaftlichen Kreativelements eingehen muss, sieht der Landesobmann und Spitzenkandidat im RFW die beste Wahl für alle, die wissen, dass an den Rahmenbedingungen viel verändert werden muss. Daher strebt Schoklitsch eine deutliche Verbesserung des Wahlergebnisses von 2005 (11,4 Prozent) an.

Konstruktiv und zukunftsorientiert erweist sich auch das Programm des RFW. Er tritt ein für:

□ Effizientere Konjunkturpakete vor allem für die KMU

□ Absetzung von Basel II, um die heimischen Wirtschaftstreibenden rasch mit günstigem Geld versorgen zu können

□ Abschaffung von Bagatellsteuern, um Wirtschaftstreibende um rund 450 Millionen Euro steuerlich zu entlasten

□ Verwaltungsreform zur Entlastung des Staatshaushaltes und Verwendung der frei werdenden Mittel für den Wirtschaftskreislauf

□ Vorsteuerabzug für betrieblich genutzte PKW und Begünstigung des Ankaufs schadstoffarmer LKW

„Arbeit für alle wird es nur in gesunden Betrieben geben, wozu die Mandatäre und Kandidaten des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender den ihnen zustehenden Beitrag leisten werden“, verspricht Schoklitsch.

Service

Rückerstattung der NOVA

Durch das Ökologisierungsgesetz wurde die Normverbrauchsabgabe (NOVA) letztes Jahr neu geregelt. Der NOVA unterliegt die Erstanschaffung von Personenkraftwagen und Krafträdern bzw. ihre Erstzulassung im Inland (beim Eigenimport).

Die Höhe der NOVA richtet sich bei Personenkraftwagen nach dem Verbrauch bzw. bei Krafträdern nach dem Hubraum und beträgt bis zu 16 Prozent des Nettopreises.

Von der NOVA befreit sind z. B. Miet-, Taxi- bzw. Fahrschulfahrzeuge, Fahrzeuge für Krankentransporte oder Einsatzfahrzeuge von Feuerwehren. Seit dem 1. 7. 2008 erhöht bzw. verringert sich die Normverbrauchsabgabe entsprechend dem CO₂-Ausstoß des Fahrzeuges (Bonus-Malus-System).

Für Fahrzeuge mit einem CO₂-Ausstoß von weniger als 120g/km verringert sich die NOVA um bis zu 300 Euro. Bei Fahrzeugen mit einem umweltfreundlichen Antriebsmotor (z. B. Hybridantrieb, Erdgas, Biogas, Flüssiggas bzw. Wasserstoff) beträgt die Reduktion bis zu

500 Euro. Für Fahrzeuge mit einem CO₂-Ausstoß von mehr als 180g/km erhöht sich die NOVA um 25 Euro pro übersteigendem g/km. Bei einem CO₂-Ausstoß von z.B. 250g/km beträgt der Malus 1.750 Euro.

Jetzt wurde klargestellt, dass dieses Bonus-Malus-System bei jenen Fahrzeugen, die bereits vor dem 1. 7. 2008 in der EU zugelassen waren und nach Österreich importiert wurden, dem EU-Recht widerspricht. Aus diesem Grund können Fahrzeugbesitzer, die seit dem 1. 7. 2008 einen Malus für ihren Fahrzeugimport aus der EU abgeführt haben, dessen Rückerstattung beim Finanzamt beantragen.



Anspruchsverzinsung

Wie in den Vorjahren beginnt auch heuer am 1. Oktober wieder die Frist für die Anspruchsverzinsung zu laufen. Für die Zeit vom 1. Oktober bis zur Zustellung des Steuerbescheides 2008 werden vom Finanzamt für Einkommen- und Körperschaftsteuernachzahlungen so genannte Anspruchs-zinsen verrechnet. Sollte sich aus der

Veranlagung 2008 ein Guthaben ergeben, werden die Anspruchs-zinsen gutgeschrieben. Derzeit beträgt der Zinssatz 2,38 Prozent pro Jahr.

Die Anspruchs-zinsen können durch eine freiwillige Anzahlung in Höhe der zu erwartenden Steuernachzahlung vermieden werden. Die Höhe der Anzahlung muss selbst berechnet und unter der Bezeichnung „E 1-12/2008“ (Einkommensteuer) bzw. „K 1-12/2008“ (Körperschaftsteuer) auf das Finanzamt-konto einbezahlt werden. Da die Anspruchs-zinsen nicht als Betriebsausgabe abgesetzt werden können, empfiehlt sich eine Überprüfung der Steuernachzahlung für das Jahr 2008. Allerdings unterliegen auch die Guthabens-zinsen nicht der Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer. Wird die Anzahlung über das betriebliche Kontokorrentkonto bezahlt, kann eine daraus entstehende Zinsbelastung als Betriebsausgabe abgesetzt werden.

Für Steuernachzahlungen gibt es einen kleinen Zinsvorteil, der beachtet werden sollte.

Wenn die Höhe der Anspruchs-zinsen weniger als 50 Euro beträgt, werden diese nicht festgesetzt. Dadurch ergibt sich beispielsweise, dass eine Nachzahlung der Einkommens- bzw. Körperschaftsteuer in Höhe von 10.000 Euro bis Mitte Dezember zinsfrei bleibt.



erbescheides 2008 werden vom Finanzamt für Einkommen- und Körperschaftsteuernachzahlungen so genannte Anspruchs-zinsen verrechnet. Sollte sich aus der



RFW-Resolution an die Bundesregierung

Lehrstellenplätze: Talfahrt muß gestoppt werden

Es ist ein Faktum, dass seit dem Start des neuen Lehrlingspaketes im Juli 2008 Österreich weit sinkende Erstjahrlernzahlen von



Maßnahmen zum Stop der Talfahrt bei den Lehrstellenplätzen sind das Gebot der Stunde.

bis zu 17% pro Bundesland zu verzeichnen sind.

Um ihr Versprechen, jedem Jugendlichen einen Lehrplatz zu garantieren, einzuhalten, wählt die Bundesregierung dabei einen völlig falschen Weg, der nämlich die betriebliche Lehrlingsausbildung umgeht und den Ausbildungsstand

dard im Land gefährdet. Obwohl die ganze Welt unser duales Ausbildungssystem kopiert, bereiten Hundstorfer und Mitterlehner den Untergang dieser Erfolgsgeschichte vor. Damit steht die österreichische Erfolgsgeschichte am Scheideweg. Wenn die Wirtschaft jetzt nicht reagiert, beginnt der letzte Akt einer Begräbnisvorbereitung des dualen Systems bzw. der endgültige Ausverkauf der Lehre im privatwirtschaftlichen Bereich und der Schaden für den Wirtschaftsstandort ist nicht mehr beherrschbar.

Für jeden Kenner der dualen Ausbildung in Österreich ist klar, dass es seit Jahrzehnten die KMU's sind, die die Hauptlast der Lehrlingsausbildung tragen. Wenn nun tausende Betriebe oft nicht mehr in der Lage sind, Lehrstellen zur Verfügung zu stellen, muss dagegen etwas „Wirksames“ unternommen werden.

Statt politisch motivierte Ersatzausbildungsplätze wie überbetriebliche Lehrstätten oder Schulungsprogramme um viele Millionen Euro zu schaffen, die nicht mit der Ausbildungsqualität von ech-

ten betrieblichen Lehrstellen verglichen werden können, sollte man diese öffentlichen Geldern wieder in die Betriebe investieren, um nachhaltige Ausbildungsqualität zu sichern.

Dies kann nur nach dem Konzept des erfolgreichen Modells des Blum Bonus erfolgen. Nur mit diesem Modell der Lehrstellenförderung kann man zusätzliche Lehrstellen schaffen und so der Jugend eine echte Zukunft bieten.

Daher verabschiedete der RFW-Bundesvorstand in seiner Sitzung in Graz folgende

RESOLUTION

Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen Blum Bonus neu, nämlich einen Treuebonus für Betriebe, die den Lehrlingsstand des Vorjahres halten, und einen Zusatzlichkeitsbonus an alle Betriebe und Branchen für max. zwei zusätzliche Lehrlinge einzuführen, damit die Talfahrt der betrieblichen Lehrplätze gestoppt und damit das hohe Ausbildungsniveau am Wirtschaftsstandort Österreich gesichert wird.



Die einseitige Kündigung des Vertrages mit der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft ist ein gravierender Einschnitt in die medizinische Versorgungssicherheit der Versicherten und darf nicht lapidar abgehandelt werden.

Sozialversicherung der gewerblichen Wirtschaft:

Vertragskündigung der Ärztekammer muss sofort bereinigt werden!

Die einseitige Kündigung des Vertrages mit der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft ist ein gravierender Einschnitt in die medizinische Versorgungssicherheit der Versicherten und darf nicht lapidar abgehandelt werden.

Nachdem die Verhandler seit mehr als einem Jahr kein Ergebnis erzielt haben, steht Präsident Leitl nun unter Zugzwang und sollte diese wichtige Angelegenheit zur Chefsache erklären. Hunderttausende Versicherte brauchen einen gut funktionierenden Versicherungsschutz, der ihnen beste medizinische Betreuung garantiert, schließlich zahlen sie mit ihren Beiträgen auch dafür.

Als völlig inakzeptabel bewertet RFW-Bundesobmann Amann die Handlungsweise der Ärztekammer, die offenbar in der Wirtschaft die Melkkuh des Systems sieht. Diese Vorgangsweise geht schon fast in Richtung Nötigung und vergiftet damit das künftige Verhandlungsklima. Mit solchen überzogenen Reaktionen wird es schwer sein, für beide Seiten ein vernünftiges Ergebnis zu erzielen. Trotzdem muss die Wirtschaftskammer alles daran setzen, um den sich abzeichnenden vertragsfreien Zustand zu verhindern. Darum braucht es Gespräche und keine Trotzreaktionen. Klar muss der Ärzteschaft aber sein, dass Leistungen nur gerecht entlohnt wer-

den können und die Kostenreduktionsargumente der Wirtschaft durchaus gerechtfertigt sind.

Amann jedenfalls erwartet sich eine Lösung für die Versicherten. Was nicht sein kann, ist die Tatsache, dass die Versicherten in Honorarvorlage gehen und dann nur einen Teil der Kosten aufgrund der internen Tarifgestaltung erhalten.

Sollte die Ärztekammer weiter aufstur schalten, dann muss man seitens der Versicherungsanstalt zur Knochenarbeit übergehen und Einzelverträge abschließen. Es gibt genug Vertragspartner in der Ärzteschaft, die nicht auf Verhandlungsergebnisse der Ärztekammer angewiesen sind.

Amtshilfedurchführungsgesetz neu

Das neue Amtshilfe-Durchführungsgesetz sieht die Verpflichtung der Kreditinstitute vor, aufgrund eines ausländischen Amtshilfeersuchens Auskünfte zu erteilen und Unterlagen herauszugeben. Die Durchbrechung des Bankgeheimnisses war bisher nur bei einem eingeleiteten Strafverfahren wegen eines vorsätzlichen Delikts möglich.

Das Gesetz sieht aber auch ein Rechtsschutzverfahren zu Gunsten des Bankkunden vor. Das ausländi-

sche Ansuchen wird von der österreichischen Finanzverwaltung zuerst geprüft. Wenn die Voraussetzungen für einen Informationsaustausch vorliegen, wird die betroffene Person darüber und über den wesentlichen Inhalt informiert. Dem Bankkunden steht es dann frei, innerhalb einer Antragsfrist von 14 Tagen, einen Bescheid über das Vorliegen, der für die Durchbrechung des Bankgeheimnisses maßgeblichen Voraussetzungen, zu stellen. Dieser Bescheid kann bis

zu den Höchstgerichten angefochten werden.

Die internationale Amtshilfe soll nur nach Ausschöpfung aller Ermittlungsmöglichkeiten des ausländischen Staates geleistet werden. Ein Ersuchen zur Beweisausforschung ohne konkreten Bezug auf bestimmte Personen ist ausgeschlossen. Im rein innerstaatlichen Bereich tritt in Bezug auf die Schutzwirkung des Bankgeheimnisses keine Änderung ein. (Quelle VN)

Kommentar Komm.Rat Winfried Waibel

Finanzkrise

- wie geht es weiter?

Wie wird sich die Weltwirtschaft nach der Finanzkrise weiterentwickeln?

Unter dieser Überschrift habe ich im September aufgrund der bekannten Vorkommnisse meine Gedanken und Vermutungen veröffentlicht. Ich stellte den Dollar als „Weltreservewährung“ in Frage und habe auf China, Indien, Russland und die arabischen Ölstaaten unter anderem verwiesen. Nun, es hat sich in den wenigen Wochen seither einiges getan.

Klammheimlich haben sich China, Russland, Japan und Brasilien „getroffen“ um festzustellen: Das hohe Haushaltsdefizit der USA wird zum Problem. Schatzscheine der USA sind nicht mehr so sicher, wie sie einmal waren.

Der schwache Dollar wirft die Frage auf, ob er noch als fixe Währung für den gesamten Erdölhandel geeignet ist und gleichzeitig offensichtlich auch den Wirtschaftsaufschwung in Frage stellt.

China hat aus seinen Rücklagen 400 Mrd. Dollar für Infrastrukturprojekte in die heimische Wirtschaft gepumpt und prompt innerhalb von 3 Monaten fast 9 % Wirtschaftsaufschwung verzeichnet.

Im Gegensatz dazu hört man aus den USA über die Wirtschaft immer noch schlechtere Werte. Die neueste Horrormeldung ist, dass die Boeing Luftfahrtindustrie riesige Verluste in Milliardenhöhe eingefahren hat.

Selbst der neue FED Chef gibt

sich vor dem Repräsentantenhaus sehr skeptisch über die derzeitige Wirtschaftslage der USA. Weltbank Chef Zoellik deutet gar an, die alte Weltwirtschaftsordnung wanke, die dominante Rolle des Dollars als Reservewährung könnte wanken. Als Ersatz könnte eventuell ein Topf aus Dollar, Euro und vielleicht der chinesischen Währung die Zukunft sein. Voraussetzung dafür wäre eine neu zu schaffende Weltzentralbank.

Und wie geht es uns in Österreich? Die Schulden steigen! Es sind aber nicht die neuen Schulden zur Ankurbelung der Wirtschaft das Problem. Vielmehr sind jene Schulden, die in Zeiten von Hochkonjunktur dazugekommen sind, anstatt alte Schulden abzubauen, heute die Gefahr. Wir werden zweistellige Milliardenbeträge dafür aufbringen müssen. Dies tut weh, vor allem bei verminderten Steuereinnahmen, höheren Kosten für Soziales, für Pensionen usw.

Im Wissen der Krise wurden von den beiden „Groß-Mittel-Parteien“ noch wenige Tage vor den letzten Wahlen neue Belastungen und Geschenke beschlossen. Wie sollen diese riesigen Schulden jemals abgebaut werden?

Trotz aller gegenseitigen Behauptungen werden wir ohne „Kürzungen von „wohlerworbenen Rechten“ nicht herum kommen.

Eine Mehrwertsteuererhöhung ist aufgrund der schon maximalen Höhe fast nicht möglich. Kürzungen der Bundeszuschüsse an die Länder bzw. eine absolut notwendige Verwaltungsreform dürfte gegen die Mauer der vereinten



Landeshauptleute nur sehr schwer durchführbar werden. Eventuell käme eine schon oft genannte Steuer auf die riesigen internationalen Geldströme aus reinen Spekulationsgründen in Frage. Bereits minimale Teile von Prozenten ergäben riesige Beträge. Voraussetzung ist allerdings, dass die wesentlichen wirtschaftlich starken Staaten dabei mitmachen. Allerdings ist bereits bei den USA und England ein großes Fragezeichen zu setzen.

Positiv – eine Inflation ist meiner Meinung nach in absehbarer Zeit noch kein Thema. Es fehlt derzeit die eigentliche Kapazitätsauslastung der Wirtschaft, weiters wird die Arbeitslosenzahl auch nächstes Jahr noch steigen, wobei die jetzigen Zahlen bereits einer Inflation entgegenstehen.

Auf lange Sicht ist allerdings festzuhalten, dass eine eingeschränkte Inflation zum Abbau der Schulden beitragen kann. Alle werden, auch wir, kleinere Brötchen backen müssen.

Zusätzliche Werbemöglichkeit für Meisterbetriebe

Gütesiegel Meisterbetrieb

Gewerbebetriebe, deren Inhaber oder gewerberechtliche Geschäftsführer die Meisterprüfung erfolgreich abgelegt haben, dürfen im geschäftlichen Verkehr ein den betreffenden Betrieb als „Meisterbetrieb“ kennzeichnendes Gütesiegel verwenden. Der Wirtschaftsminister hat durch Verordnung ein solches Gütesiegel festgelegt (BGBl II 2009/313).

Bei Verwendung sind die vorgegebenen Relationen einzuhalten. Die Farbgebung hat grundsätzlich der Vorlage des BGBl II 2009/313 zu entsprechen (stilisierter Adler in Weiß auf rotem Hintergrund, rote Umrandung, Schrift schwarz; die nicht in Schwarz dargestellten Teile dürfen auch in Schwarz wiedergegeben werden).

Das Gütesiegel darf im geschäftlichen Verkehr des betreffenden Meisterbetriebes verwendet werden. Zulässig sind die Verwendung insbesondere in der Geschäftskorrespondenz, im Internetauftritt, bei PR-Aktivitäten sowie das Anbringen auf Betriebsmitteln (z.B. auf Kraftfahrzeugen). Auf den in Verkehr zu bringenden Waren darf das Gütesiegel nicht angebracht werden.

Durch die Verwendung des Gütesiegels können Meisterbetriebe ein Zeichen für ihre Ausbildung, ihren Einsatz und ihre Qualität setzen. Kunden sollen dadurch leicht erkennen können, welcher Betrieb seine handwerklichen und unternehmerischen Fähigkeiten mit einer Meisterprüfung bereits unter Beweis gestellt hat.



Das neue Gütesiegel

Das Gütesiegel „Meisterbetrieb“ kann selbst angefertigt werden, aus dem Bundesgesetzblatt (www.ris.bka.gv.at) oder aus dem Internet der WKO heruntergeladen werden (wko.at).

Sicherheit von PCs, Laptops und EDV-Anlagen



Erst wenn die EDV nicht mehr funktioniert, wird einem bewußt, wie abhängig man von dieser Technik ist. Doch wie kann man die EDV sicherer machen und somit vor Ausfällen schützen.

Gefahrenquellen: Eine der größten Gefahren selbst ist der Anwender. Ein Großteil der Schäden im Softwarebereich entstehen durch den leichtsinnigen Umgang mit der Internetverbindung. Durch das

World Wide Web werden Viren, Trojaner, Würmer Spyware und ähnliches auf den Computer eingeschleppt. Diese zerstören Programme und führen zum Ausfall der EDV. Virus & Co werden durch Mails von unbekanntem dubiosen Absendern auf den Computer eingeschleppt. Gefahren bestehen auch bei Aufruf von Seiten mit aggressiv beworbenen Inhalten (z.B. Spiele- und Sexseiten). Dort können sich aktive Inhalte z.B. Scripts, Pop-ups und dergleichen befinden, die unerwünschte Programme am eigenen Computer zum Laufen bringen. Viren & Co können ernsthafte Schäden an der EDV verursachen: Die Funktionalität der Programme wird beeinträchtigt, gestört oder zerstört, es kann ein Datenverlust eintreten, es kann ein Datenklau durch fremde Personen stattfinden.

Wodurch kann mehr Sicherheit erreicht werden? Bei den Anwendern

muß ein Bewußtsein für Sicherheit geschaffen werden. Jeder sollte die Gefahren bei Internet und Mail kennen. Dies führt zu einem aufmerksameren Umgang mit dem Netz. Sogenannte Firewallprogramme und Virenprogramme sollten auf jedem Rechner und in jedem Netzwerk oberste Priorität haben. Das Sichern von Daten muß in kurzen Intervallen geschehen, so kann man bei Versagen der EDV wichtige Daten retten. Die Rechner müssen vor unberechtigten Zugriffen geschützt sein. Jeder Nutzer darf nur die ihm entsprechenden Rechte auf die Daten haben. Fremde Personen dürfen keinerlei Zugang zu Computern haben. Etwaige Funknetzwerke gehören verschlüsselt, am besten von einem Fachmann. Vorsicht auch bei Einlegen von Datenträgern wie CD oder DVD, auch darauf können sich gefährliche Programme befinden, die der EDV Schaden zufügen können.



Die Pfuscher

ehrlische Firmen sind die Verlierer

Pfusch, vor allem am Bau, schadet der Wirtschaft, den Sozialversicherungen und den Staatsfinanzen enorm. Rund eine Milliarde Euro gehen der Finanz und den Sozialversicherungen im Jahr verloren, so die Berechnungen des Linzer Volkswirtschaftsprofessors Friedrich Schneider.

Pfusch am Bau hat mehrere Seiten. Einerseits arbeitet der Häuslbauer mit Freunden gerne am Wochenende am Hausbau. Diese guten Bekannten sind aber sehr oft nur gegen Entgelt bereit, mitzuhelfen.

Das größere Problem sind aber die Scheinfirmen, die Aufträge annehmen. Oft werden die Arbeiter sogar angemeldet, aber bevor es zur Zahlung an die Sozialversicherung und an das Finanzamt kommt, geht die Firma in Konkurs. Der Geschäftsführer zieht sich ins Ausland zurück.

Verstärkte Kontrollen

Die Kontrollen werden nun verstärkt. Mitarbeiter der Bauarbeiter Urlaubs- und Abfertigungskasse BUAK, einem der Hauptgeschädigten dieser Praktiken, dürfen seit neuestem die Baustellen betreten, Ausweise der Arbeiter verlangen und die Firma, für die sie arbeiten, feststellen. Dies geschieht zusätzlich zu der KIAB, der

Sondereinheit des Finanzministeriums. Das Geflecht der Scheinfirmen soll mit diesen Maßnahmen aufgedeckt werden.

2008 sind 26.700 Kontrollen durchgeführt worden. Bei rund einem Drittel der Kontrollen stößt man auf Ungeheimheiten. Wird man erwischt, so drohen Steuernachzahlung, Strafsteuer (das Doppelte des hinterzogenen Betrages) und bei Wiederholungstätern Haftstrafen.

Wer Pfuscher beauftragt, geht ein Risiko ein

Die für eine gewerbliche Tätigkeit abgeschlossene Haftpflichtversicherung bietet nur Deckung im Umfang der Gewerbeberechtigung. Pfuscher haben meist überhaupt keine Haftpflichtversicherung. Somit werden Schadensfälle nicht von einer Versicherung gedeckt.

Bei Pfuscharbeiten gibt es keine Garantie und meist auch keine Gewährleistung. Geringe Sachkenntnis bedingt Mängel in der Ausführung. Bei Schadenseintritt ist der Pfuscher meist nicht mehr greifbar bzw. vermögenslos. Kommt es zu Personenschäden, können die finanziellen Folgen dramatisch sein. Personen ohne Gewerbeberechtigung handeln

rechtswidrig, erscheinen daher insgesamt nicht vertrauenswürdig, erfüllen häufig ihre gesetzliche Gewährleistungspflicht nicht und eine Rechtsverfolgung ist bei ihnen erschwert.

Einer Verwaltungsübertretung (Geldstrafe bis zu Euro 2.180,--) macht sich auch der Auftraggeber schuldig, der sich eine Tätigkeit besorgen lässt oder jemanden zu einer Tätigkeit veranlasst, obwohl er wissen musste, dass sich dieser dadurch der unbefugten Gewerbeausübung schuldig macht (§ 367 Z 54 GewO).

In Österreich wird freilich der Pfusch als Kavaliersdelikt von einer breiten Schicht der Bevölkerung gesehen. Anders sehen dies die ehrlichen Firmen, die mit den Pfuscherfirmen in Konkurrenz stehen. Ohne Abgaben an die Sozialversicherungen, ohne Mehrwertsteuer und ohne Finanzabgaben kalkulieren die Pfuscher. Somit verdienen sie, auch wenn sie billiger anbieten, mehr an einem Auftrag.

Eine Abhilfe und eine Unterstützung für die Wirtschaft wäre die Einführung des sogenannten Luxemburger Modells. Bei diesem Steuermodell kann die Mehrwertsteuer auf Bauleistungen auch von Privatpersonen abgezogen werden.



v.l.n.r.: Michael Röner, Bezirksobfrau Helga Adlpoller, LO Dr. Erich Schoklitsch

Gründung der RFW-Bezirksgruppe Judenburg/Knittelfeld/Murau

Am 1. September 2009 fand im Beisein von Landesobmann Dr. Erich Schoklitsch die Gründung der Bezirksgruppe Judenburg/Knittelfeld/Murau des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender statt.

Helga Adlpoller wurde einstimmig zur neuen Bezirksobfrau, als ihr Stellvertreter wurde Michael Röner und als Schriftführer Karl Wieser gewählt.

Für die Zukunft ist es für die neugewählte Obfrau vorrangig, Themen und Ziele zu definieren, wie beispielsweise die Stärkung von KMUs und EPUs in der Region durch nachdrücklichen Einsatz an den entsprechenden Stellen in Wirtschaftskammer und Politik.

Wirtschaftsstammtisch

Landesobmann Dr. Erich Schoklitsch konnte einige RFW-Bundesvorstandsmitglieder, Gäste, den RFW-Bundesobmann



KommR Fritz Amann und den Vizepräsidenten der Wirtschaftskammer Österreich Bgm. Matthias Krenn begrüßen. Im Mittelpunkt stand die bevorstehende Wirtschaftskammerwahl.

Messe - Empfang



Besonders gut besucht war der traditionelle Messeempfang anlässlich der Grazer Herbstmesse am 28. September 2009. Landesobmann Dr. Erich Schoklitsch konnte zahlreiche Gäste, Vorstandsmitglieder und Ehrengäste - unter anderem den Vizepräsidenten der Wirtschaftskammer Österreich Bgm. Matthias Krenn und FPÖ-Stadtrat Mag. Mario Eustacchio begrüßen.

Kommentar von Bernhard Röbl, RFW-Bezirksobmann Voitsberg,
Gastwirt (Kirchenwirt Stallhofen)

Ist es immer noch nicht genug?

Seit Jahren weise ich auf die ständig schlechter werdenden Rahmenbedingungen für Klein und Mittelbetriebe in Gastronomie und Tourismus hin. Doch die Ideenliste der Verantwortlichen wie man es uns immer schwerer machen kann, findet keinen Deckel.

Anfangen ab dem Jahre 2000 mit HCCP (Lebensmittelhygienegesetz), Arbeitsplatzevaluierung, dann Barbewegungsverordnung, gefolgt vom Raucherschutzgesetz und dem Ganzen wird jetzt durch die Anmeldepflicht von Verwandten ersten Grades (Vater, Mutter, Tochter, Sohn) bei Mithilfe im Betrieb die Krone aufgesetzt. Gerade bei den kleinen Betrieben, waren die Eltern die Stütze, wenn die Jugend den Betrieb übernommen bzw. neu gegründet hat.

Diese Hilfe in der Familie war für das Fortkommen aber auch gesellschaftlich der Betriebe sehr wichtig, für mich ist Familie die Keimzelle einer funktionierenden Gesellschaft. Jetzt soll uns durch diesen zusätz-

lichen Bürokratieaufwand (wie wenn wir nicht schon genug dokumentieren müssten) noch ein Prügel mehr zwischen die Beine geworfen werden.

Unser Stundenlohn ist nachvollziehbar als bescheiden anzusehen. Die Mehreinnahmen für den Staat sind sicher nicht so einträglich, wie der dadurch entstehende Frust und die daraus resultierende Verunsicherung durch diese Maßnahmen. Den Familienbetrieben wird die Motivation genommen und somit auch die Lebensader. Da wird von unseren Bürokraten das Kind mit dem Bad ausgeschüttet, um am Bau der Schwarzarbeit Herr zu werden, dürfen in Familienbetrieben Eltern und Kinder nicht mehr aushelfen. Wenn man die Sache überspitzt sieht, dürften Opa und Oma nicht auf ihre Enkel schauen, da sie ja nicht unfallversichert sind wenn sie in einem anderen als ihrem Eigenheim den „Pflegedienst“ leisten.

Fazit ist, auf der einen Seite wird Verwandten die Mithilfe durch Bürokratie

erschwert. Auf der anderen Seite ist es für uns Kleinbetriebe kaum möglich, gesetzeskonform, Aushilfskräfte zu finden. Durch das Gießkannenprinzip in der Förderpolitik des Staates ist es für kaum jemanden interessant offiziell Aushelfen zu gehen oder sich damit selbst zu helfen. Warum auch?

Daher finde ich die Forderung des RFW als äußerst wichtig, dass Verwandte ersten und zweiten Grades von der Meldepflicht ausgenommen werden. Weiters sollten auch Mechanismen gefunden werden, um Menschen zu motivieren in unseren kleinen Familienbetrieben als Aushilfen mitzuhelfen, um die geschäftlichen Spitzen abzudecken und da käme ein Modell eines Aushilfeschecks (alle Abgaben wären für Dienstnehmer und Dienstgeber gedeckt) gerade recht.



www.rfwstmk.at

Der RFW-Steiermark
im Internet

Um Wettbewerbsnachteile im Tourismus zu vermeiden, ist es Zeit zu handeln.

FPÖ fordert Senkung des Mehrwertsteuersatzes für Beherbergung

"Die neue deutsche Regierung unterstützt mit ihrer Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf Logis von 19% auf 7 % den Tourismus in Deutschland. In Österreich hört man von der Bundesregierung und von den hierfür zuständigen Ministern immer nur Ausreden, warum eine Senkung des Mehrwertsteuersatzes nicht möglich ist. Dabei zeigen diesbezügliche Studien, dass ein weiterer ermäßigter Steuersatz durchaus im Bereich des Möglichen ist. Unser heimischer Tourismus braucht in

wirtschaftlich schwierigen Zeiten jede Unterstützung, um am internationalen Markt keine Wettbewerbsnachteile zu haben." Dies stellt der Tourismussprecher des FPÖ-Parlamentsklubs, NAbg. Mag. Roman Haider, fest.

Es sei Zeit zu handeln: "Vor allem die deutschen Gäste, welche als sehr preissensibel gelten, müssten gehalten werden. Jede Veränderung beim Aufkommen unserer deutschen Gäste würde eine große Auswirkung

auf den Gesamttourismus darstellen", betont Haider.

"Wir Freiheitlichen werden daher auch einen, vom Obmann des Tourismusausschusses im Parlament Maximilian Linder angekündigten, Mehrparteienantrag unterstützen. Es ist nur zu hoffen, dass sich auch alle Parteien der Problematik bewusst sind und es sich bei der Unterstützung des heimischen Tourismus nicht wieder nur um Lippenbekenntnisse handelt", so Haider abschließend.

Bundesregierung hat Bankenpaket ohne Gegenleistung gewährt!

Matznetter Kritik an Banken ist peinlich!

SPÖ Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter kritisierte die Banken, dass zuwenige ERP-Kredite abgewickelt worden sind. Konkret meint er dabei Kleinkredite bis 30.000.- Euro.

Kritisiert wird diese Aussage vom RFW-Bundesobmann Fritz Amann, der die Schuld des Geld-Zurückhaltens bei der Regierung sieht.

"Das Gejammer von SP-Matznetter ist scheinheilig und unehrlich. Es wäre ein Leichtes gewesen, die ERP Kredite im Sinne der mittelständischen Wirtschaft rasch und unbürokratisch abzuwickeln. Man hätte schlicht und einfach die Abwicklung der ERP Kredite als zwingende Vereinbarung ins Bankenpaket mitaufnehmen müssen. Weiters wäre die verstaatlichte Kommunalkredit dazu das geeignete Institut für KMU Kreditvergaben gewesen. Aber auch das hat man seitens der Genossen versäumt und so hat man mit vielen Steuermilliarden zwar versucht zu sanieren, ohne dabei aber einen wirklichen Nutzen zu haben," so Amann.

Natürlich sei es nicht nachvollzieh-

bar, dass die Banken in der Abwicklung der ERP Kredite zaghaft bis gar nicht tätig seien. Auch die Erhöhung der Abwicklungsgebühr von Euro 500.- auf Euro 1.000.- hat bisher nicht den gewünschten Effekt erzielt. Das hätte aber allen Beteiligten klar sein müssen, dass niemand gerne freiwillig ein Minusgeschäft mache. Im Nachhinein Jammern zeige nur wie inkompetent die Regierung ist und wie leichtfertig sie mit Steuergeld umgehe.

"Damit habe sich die gesamte Bundesregierung wieder einmal blamiert, leider zum Nachteil der KMUs,



Das Milliardenpaket für die Banken kommt nicht bei den KMUs an.

die die Zeche für diese Inkompetenz bezahlen müssen," sagt Amann.

Neues Buch: *Die Tipps der Millionäre*



Ihre persönliche Strategie
zur finanziellen Freiheit

Autor: Markus Leyacker-Schatzl

Markus Leyacker-Schatzl, Finanzberater und Buchautor, entwickelt gemeinsam mit Ihnen Ihre persönliche Strategie zu finanzieller und innerer Freiheit. Er präsentiert Ihnen in diesem Buch die wichtigsten 13 Tipps der Millionäre, die Essenz der Strategien der Reichen, und zeigt Ihnen wie einfach Sie diese in Ihrem Leben umsetzen können.

Jetzt im Buchhandel oder auf: www.erfolgsbuch.at



Superpraktikant

Auf der Website des Senders ATV gibt es mehrere Suchanzeigen. Bauer sucht Frau, Mutter (Vater) gesucht, Suche der neuen Miss Austria, nach sonstigen zukünftigen Stars, Superstars, Super-Extra-Stars usw.

Und mittendrin unser aller Super-Superstar Josef Pröll. Und der sucht jetzt den Superpraktikanten.

Ihr Agilus glaubte zuerst an eine böswillige Nachricht aus dem Lager derer, die den Pröll halt nicht so mögen.



Foto: Warner Bros. Pictures

„Du willst das begehrteste Praktikum des Landes? Du willst eine Woche an der Seite von Josef Pröll verbringen? – Bewirb dich jetzt“ alles nachzulesen auf superpraktikant.at.

Das begehrteste Praktikum? An der Seite von Pröll? Eine ganze Woche? Zwick't mi, i man i tram.

Da bemühen sich renommierte Firmen, Verbände, die Wirtschaftskammern und wer weiß noch, die Jugend sinnvoll auszubilden, entsprechende Praktika am Arbeitsplatz anzubieten, Schnupperlehren werden organisiert, Auslandsstipendien vergeben, alles vergeblich.

Der wahre Superjob ist eine Woche bei einem – sagen wir's nett – durchschnittlichen Politiker. Wenn das kein Signal für die Jugend ist, was dann?

Ah ja – fast hätte es Ihr Agilus vergessen – ein paar Highlights werden dem Superman (oder der Superfrau) versprochen, z.B. der Jägerball (mit Pröll), der Nachtslalom in Schladming (mit Pröll) und weitere Höhepunkte (mit Pröll, versteht sich).

Am Schluß winkt als Lohn „eine Woche Urlaub zur Erholung“. Auch er würde Erholung nach einer Woche Pröll dringend benötigen, meint

Ihr
Agilus

„Bemerkenswert“

Gedanken

„Aktiengesellschaft: Eine raffinierte Einrichtung zur Bereicherung ohne persönliche Verantwortung.“
Ambrose Bierce, US Schriftsteller

„Aufpassen muß man auf Minister, die nichts ohne Geld machen können und auf Minister, die alles nur mit Geld machen wollen.“
Indira Gandhi, indische Politikerin

In der Politik ist es manchmal wie in der Grammatik: Ein Fehler, den alle begehen, wird schließlich als Regel anerkannt.“
André Malraux, frz. Schriftsteller und Politiker

„Es gibt Leute, die gut zahlen, die schlecht zahlen, Leute, die prompt zahlen, die nie zahlen, Leute, die schleppend zahlen, die bar zahlen, abzahlen, draufzahlen, heimzahlen - nur Leute, die gern zahlen, die gibt es nicht.“
Georg Christoph Lichtenberg, dt. Schriftsteller und Physiker

„Die meisten Frauen setzen alles daran, einen Mann zu ändern, und wenn sie ihn dann geändert haben, dann mögen sie ihn nicht mehr.“
Marlene Dietrich, dt. Schauspielerin

„Die Gesellschaft setzt sich aus nur zwei großen Klassen zusammen: Die einen haben mehr Mahlzeiten als Appetit, die anderen weit mehr Appetit als Mahlzeiten.“
Sébastien Chamfort, frz. Schriftsteller

„Sinn des Lebens: etwas, das keiner genau weiß. Jedenfalls hat es wenig Sinn, der reichste Mann auf dem Friedhof zu sein.“
Peter Ustinov, engl. Schriftsteller und Schauspieler

„Wenn man 50 Euro Schulden hat, ist man ein Schnorrer. Hat jemand 50.000 Euro Schulden, ist er ein Geschäftsmann. Wer 50 Millionen Euro Schulden hat, ist ein Finanzgenie.“
Anonym

Jede Menge Ideen für Unternehmer

- Effizientere Konjunkturpakete vor allem für die KMU
- Absetzung von Basel II, um die heimischen Wirtschaftstreibenden rasch mit günstigem Geld versorgen zu können
- Abschaffung von Bagatelsteuern, um Wirtschaftstreibende um rund 450 Millionen Euro steuerlich zu entlasten
- Verwaltungsreform zur Entlastung des Staatshaushaltes und Verwendung der frei werdenden Mittel für den Wirtschaftskreislauf
- Vorsteuerabzug für betrieblich genutzte PKW und Begünstigung des Ankaufs schadstoffarmer LKW



Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender (RFW) - Steiermark, Grabenstraße 75, 8010 Graz
Tel.: 0316/773350, Fax 0316/773350-55; office@rfwstmk.at, www.rfwstmk.at

Impressum: Medieninhaber und Herausgeber: Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender (RFW), Landesorganisation Steiermark, ZVR-Nr.: 028215420, 8010 Graz, Grabenstraße 75, zugl. Anschrift Redaktion, Verwaltung, Anzeigen. Druck: Wiesinger, Wels.

Ich möchte für meine Branche bei der Wirtschaftskammerwahl 2010 kandidieren, nehmen Sie mit mir Kontakt auf.

Ich möchte dem RFW beitreten

Schicken Sie mir Informationen

Name.....

Telefon.....

E-Mail.....

An den
**Ring Freiheitlicher
Wirtschaftstreibender**
Grabenstraße 75
8010 Graz

